

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SB/02/2010  
**Gremium:** Seniorenbeirat  
**Tag:** Mittwoch, 16.06.2010  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202  
**Beginn:** 15:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2010
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Sozialausschuss
4. Bericht aus der Gesundheitskonferenz
5. Bericht über die Bildung von Arbeitsgruppen
6. Die zahnärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen in Hagen  
- Dr. med. Kracke -
7. Bericht aus der Landessenorenvertretung
8. Verschiedenes

## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15 : 00 Uhr. Eingangs der Sitzung teilt sie mit, dass Herr Verrieth mit dem heutigen Sitzungstag zum letzten Mal an einer Seniorenbeiratssitzung teilnimmt, da er in Kürze in die passive Phase seiner Altersteilzeit eintreten wird. Sie bedankt sich im Namen der Beiratsmitglieder für die in der Vergangenheit gemeinsam geleistete Arbeit und wünscht ihm für den Ruhestand alles Gute.

Als neues Seniorenbeiratsmitglied begrüßt sie Herrn Özkan, der durch Ratsbeschluss vom 10.06.2010 als ordentliches Mitglied des Seniorenbeirates für den Integrationsrat benannt worden ist. Sein Stellvertreter ist Herr Kumas.

Frau Sauerwein begrüßt als Referenten für den Tagesordnungspunkt 6. „Die zahnärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen in Hagen“ Herrn Dr. Kracke.

#### **1. Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2010**

Bezüglich der Niederschrift der Sitzung vom 18.03.2010 ergehen keine Anmerkungen.

#### **2. Mitteilungen**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Sauerwein teilt mit, dass die Landesseniorenvertretung NRW seit Jahren anstrebt, Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnung des Landes NRW aufzunehmen. Da diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziel geführt haben, hat man sich nunmehr seitens der Landesseniorenvertretung darauf beschränkt zu fordern, dass die bereits bestehenden nordrhein-westfälischen Seniorenvertretungen in den Hauptsatzungen ihrer Kommunen verankert werden sollten. Diesbezügliche Umfragen laufen bereits. Der Hagerer Seniorenbeirat ist seit dem Jahr 2000 in der Hauptsatzung des Rates der Stadt Hagen verankert.

Frau Sauerwein teilt ferner mit, dass sie nach der Letzten Beiratssitzung vom Bezirksbürgermeister Hagen-Nord, Herrn Kohaupt, angeschrieben wurde. In dem Schreiben kritisiert er die Feststellung des Beirates, dass die Linie 514 nicht mehr das Seniorenzentrum Buschstraße anfahren würde. Mit der Linie 534 würde das Seniorenzentrum weiterhin angefahren. Sie stellt dagegen fest, dass insbesondere am Wochenende mit dieser Tangentiallinie für Bewohner, Angehörige und Mitarbeiter durch die Fahrplanausdün-

nung erhebliche Probleme bestehen. Zudem fahre diese Linie nicht in die Innenstadt. Für Bewohner und Angehörige sei es nicht zumutbar, vom Loxbaum aus die Einrichtung zu Fuß zu erreichen. Eine Antwort in diesem Sinn habe sie Herrn Kohaupt zugesandt.

Frau Cramer, Vorsitzende der Ortsunion Fley-Helfe, teilt mit, dass sie ebenfalls konträr zu der Auffassung von Herrn Kohaupt stehe. Sie habe nach der Fahrplanänderung eine große Unterschriftenaktion durchgeführt und betont, dass insbesondere die betroffenen Bürger kein Verständnis für die Fahrplanänderung äußerten. Diesbezüglich stehe sie aber weiterhin im Gespräch mit Herrn Kohaupt. Sie hofft, dass zukünftig noch eine Kompromisslösung gefunden werden kann. Frau Verbeek stimmt den Ausführungen von Frau Cramer zu. Sie habe die für die betroffenen Bürger nunmehr entstehenden Umwege persönlich abgefahren und auch sie könne die getroffenen Entscheidungen nicht nachvollziehen.

Frau Sauerwein fasst zusammen, dass diese Thematik zukünftig in den Arbeitsgruppen des Beirates zu behandeln sein wird und zudem auch andere Hagener Stadtteile betroffen sind.

Frau Sauerwein berichtet, dass das AWO-Projekt AGIL in Wehringhausen angelaufen ist. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine computergestützte Datenbank, welche Auskünfte über öffentliche Einrichtungen, Ärzte, ÖPNV, Warenangebote mit Bringdiensten etc. im Stadtteil erteilt. Das Projekt wird in der nächsten Hagener Seniorenzeitung ausführlich vorgestellt.

Frau Kreiß weist auf den vorliegenden aktuellen Seniorenwegweiser hin. Dieser wird auch im Internet erscheinen. Ein diesbezüglicher Presseartikel wird in Kürze erscheinen.

### **3. Bericht aus dem Sozialausschuss**

Herr Wegener berichtet über die bis dato durchgeführten Sitzungen des Sozialausschusses. Tagesordnungspunkte waren unter anderem die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2010 und die Probleme der Trinkerszene in Hagen. Bezüglich der Trinkerszene soll im Herbst 2010 ein abschließender Bericht vorliegen. Er habe die vom Seniorenbeirat in der konstituierenden Sitzung erarbeiteten Themenvorschläge vorgestellt. Diese seien seitens des Sozialausschusses auf ein großes Interesse gestoßen.

In der Sitzung am 27.04.2010 wurde unter anderem die Thematik des Menschenhandels erörtert. Das Diakonische Werk hat diesbezüglich über langjährige Erfahrungen mit den Opfern vom Menschenhandel berichtet.

Darüber hinaus erfolgten erste Diskussionen über die Kürzung von städtischen Zuschüssen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege. Eine abschließende Meinung konnte nicht erzielt werden. Auch in der darauffolgenden Sitzung am 27.05.2010 konnte kein Konsens erfolgen. Die Thematik Kündigung der Budgetverträge wurde seitens des Sozialausschusses auf die Zeit nach der Sommerpause vertagt.

Herr Ludwig teilt hierzu korrigierend mit, dass eine gänzliche Vertagung der Budgetkürzungen nicht stattgefunden habe. In Vorgesprächen mit den Verbänden wurde von diesen deutlich gemacht, dass bei einer Kündigung der bestehenden Verträge und der Absicht der Stadt, neue Verträge anzubieten die Ge-

fahr bestehe, dass die Bezirksregierung Arnsberg interveniere, da es sich bei den Verhandlungen um freiwillige Leistungen handelt. In der Ratssitzung am 10.06.2010 wurde beschlossen, dass die Verträge nicht vor dem 31.12.2010 gekündigt werden. Diese sollen überarbeitet werden, um den eingeforderten Kürzungsbetrag von 158.000 € zu erzielen, um die Arbeit der Verbände, insbesondere im Bereich der offenen Seniorenarbeit, weiterführen zu können.

#### **4. Bericht aus der Gesundheitskonferenz**

Frau Dohms teilt mit, dass in der 10. Sitzung der Hagener Gesundheitskonferenz die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Sommer, über das am 05.05.2009 gegründete MRSA-Netzwerk Hagen berichtete.

MRSA heißt Methicilin resistenter Staphylococcus aureus. Staphylococcus aureus sind Bakterien, die auf der Schleimhaut des Nasenvorhofes und seltener auf der Haut von jedem zweiten bis dritten Menschen leben. Sie verursachen normalerweise keine Infektionen. Sind diese Staphylococcus aureus aber gegenüber dem Antibiotikum Methicilin und den meisten anderen Antibiotika unempfindlich, heißen sie MRSA.

Diese MRSA können insbesondere bei Menschen mit geschwächtem Immunsystem schwere, kaum zu behandelnde Infektionen hervorrufen. Die Häufigkeit der MRSA beträgt im Mittel 20,7 % aller Staphylococcus aureus, auf Intensivstationen im Schnitt 36 %.

Meldepflicht besteht nur, wenn die MRSA im Blut nachgewiesen werden kann. Um die Ausbreitung der MRSA einzudämmen, ist ein gemeinsames Vorgehen dringend erforderlich. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland sind die Niederländer auf diesem Gebiet weitaus fortgeschrittener. In den Niederlanden beträgt die Häufigkeit im Mittel weniger als 1 % der MRSA aller Staphylococcus aureus.

An dem im Jahr 2009 in Hagen gegründeten MRSA-Netzwerk beteiligen sich alle Krankenhäuser, der Großteil der Hagener Pflegeheime, ambulante Pflegedienste, die Feuerwehr Hagen, die Ärztekammer und das Gesundheitsamt der Stadt Hagen.

Im Rahmen der Netzwerkbildung wurde verbindlich erklärt, dass die beteiligten Institutionen die Vorgaben und Ziele des Hagener MRSA-Netzwerkes einhalten. Bisher ist ein gemeinsamer Transportbogen für Patienten mit MRE ( multiresistente Erreger ) für den Krankentransport und Rettungsdienst entwickelt worden. Am 30.06.2010 findet eine Fortbildungs- und Informationsveranstaltung für 45 Teilnehmer statt, die im Rahmen der Zertifizierung der ärztlichen Fortbildung der Ärztekammer Westfalen-Lippe anrechenbar ist. Bei der Veranstaltung soll auch der Entwurf eines Informationsbogens für Patienten und Angehörige vorgestellt werden.

Frau Dr. Sommer hat angeboten, dass auch der Seniorenbeirat am Thema mitarbeiten kann. Sie steht auch für einen Vortrag in einer der nächsten Sitzungen zur Verfügung.

Weitere Berichte über die Influenza-Pandemie ( Schweinegrippe ) 2009 und die medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in Hagen kamen zur Diskussion.

Der Gesundheitsbericht 2010 wurde vorgestellt. Herr Dr. Imle berichtete über häufige ärztliche Behandlungsursachen in Hagen.

Nach den Schwerpunktthemen Schimmel, Radon, Lärm- und Klimaschutz/ökologisches Bauen, energetisches Sanieren, ist die AG von der Hager Gesundheitskonferenz beauftragt worden, am Thema „Barrierefreiheit“ weiter zu arbeiten.

Da der Seniorenbeirat und der Behindertenbeirat für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum bereits tätig sind, wird die AG gemeinsam mit Vertretern der Handwerkerinnung, der Wohnberatung, des Netzwerkes Demenz, des Mietervereins, Haus und Grund ( Vermieter ), der Wohnungsvereine etc. das Thema „Barrierefreiheit im privaten Bereich“ aufgreifen

Eine weitere Thematik war die Entlasspraxis der Krankenhäuser älterer Menschen an Wochenenden bezüglich der Medikamentenversorgung. Eine einheitlich verbindliche Regelung steht noch aus.

Frau Sauerwein stellt fest, dass bezüglich der MRSA-Problematik sich eine Arbeitsgruppe des Seniorenbeirates gebildet hat. Da aber die Gesundheitskonferenz sich bereits mit dieser Thematik beschäftigt hat, bestehe nunmehr durch das Angebot von Frau Dr. Sommer für den Beirat die Möglichkeit, sich auf diesem Wege zukünftig weiterhin zu informieren und diese Arbeitsgruppe aufzulösen.

Der Bericht der AG „Gesunde Stadtentwicklung“ ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

## **5. Bericht über die Bildung von Arbeitsgruppen**

Frau Sauerwein berichtet, dass sich der Arbeitskreis in seiner Sitzung am 06.05.2010 mit der Festlegung von Themenschwerpunkten zur Vorbereitung nachfolgender Sitzungen befasst hat:

- Ambulante Hospizdienste und Palliativpflege in Krankenhäusern und Pflegeheimen  
Für diese AG 1 haben sich gemeldet: Frau Dohms, Frau Sauerwein und Herr Klein
- Ausdünnung des ÖPNV und die Versorgung von Senioren mit Gütern des täglichen Bedarfs in Wohnquartieren  
Für diese AG 2. haben sich gemeldet: Frau Klenke, Frau Sauerwein, Frau Opitz, Herr Böcker, Herr Fingerhut, Herr Ludwig und Herr Wegener.

Diese Arbeitsgruppen sollen sich selbst organisieren und ihre Ergebnisse an die Geschäftsführung weiterleiten.

Der angeregte Tagesordnungspunkt zur Finanzlage der Stadt Hagen soll in der Sitzung am 28.09.2010 stattfinden unter Beteiligung von Herrn Dr. Schmidt und Verbandsvertretern, vorbehaltlich des Vorliegens von Ratsbeschlüssen. Die Themen Rentenproblematik bei Migranten, Sicherheit und Verbraucherschutz sollen zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

Frau Klenke äußerte den Wunsch, anstelle an der Arbeitsgruppe 2 an der Arbeitsgruppe 1 teilzunehmen. Frau Sauerwein macht deutlich, dass die vorgenannten Gruppen kein starres Schema darstellen. Ein persönlicher Wechsel kann jederzeit ermöglicht werden. Vorschläge für weitere zukünftige Themenschwerpunkte sind jederzeit erwünscht.

Frau Dohms teilt mit, dass die Arbeitsgruppe „Bauen und Verkehr“ im Behinder-

tenbeirat unter der Federführung von Frau Gleiß bereits lange Zeit Bestand hat. Der Behindertenbeirat hat in seiner Sitzung am 08.06.2010 empfohlen, eine Arbeitsgruppe „barrierefreies Bauen“ zu bilden. Da sowohl der Behindertenbeirat als auch der Seniorenbeirat sich mit dieser Thematik befasst hat, wurde empfohlen, die Arbeitsgruppe „barrierefreies Bauen“ mit vier Mitgliedern des Seniorenbeirates als gemeinsame Arbeitsgruppe unter der Federführung der Behindertenkoordinatorin, Frau Gleiß, zu ergänzen. Die gemeinsame Arbeitsgruppe sollte ihre Arbeit bereits Mitte Juli 2010 aufnehmen.

Frau Kreiß empfiehlt, aufgrund des Terminzwangs und der notwendigen Vorbereitungen, die Teilnehmer an der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft bereits in dieser Sitzung zu benennen. Hiervon unberührt bleibt die Arbeitsgruppe Ausdünnung des ÖPNV und die Versorgung von Senioren mit Gütern des täglichen Bedarfs.

An der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Bauen und Verkehr“ nehmen vom Seniorenbeirat Frau Noack, Frau Sauerwein, Herr Fingerhut und Herr Geßler teil.

## **6. Die zahnärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen in Hagen - Dr. med. Kracke -**

Frau Sauerwein begrüßt den Gastreferenten, Herrn Dr. Kracke. Sie erinnert daran, dass das Thema der zahnärztlichen Versorgung in Pflegeheimen schon in der Hagener Pflegekonferenz diskutiert worden ist.

Herr Dr. Kracke teilt mit, dass er seit langem seine Zahnarztpraxis behindertengerecht, auch für Rollstuhlfahrer, ausgestattet habe. Seit ca. acht Jahren liege ihm die Alterszahnmedizin besonders am Herzen, weil viele seiner Patienten in ein Pflegeheim übersiedeln mussten und er diese in den Einrichtungen zur Behandlung aufsucht. Im Rahmen seiner Praxiszertifizierung sei seine ambulante Behandlung auf rechtliche Bedenken gestoßen, zumal die ambulante zahnärztliche Behandlung in Deutschland nicht im Abrechnungskatalog der Kostenträger auftauche.

Das in München von Professor Benz entwickelte Modell zur Alterszahnmedizin nimmt einen Paradigmenwechsel vor. Waren in der Vergangenheit ältere Menschen in Pflegeheimen überwiegend zahnprothetisch zu versorgen, stellt man heute fest, dass viele ältere Patienten in diesen Einrichtungen noch über eigene Zähne verfügen, welche es zu behandeln und zu erhalten gilt.

Im Münchner Modell werden in einem Großversuch ältere Patienten aus Heimen und der häuslichen Pflege, die nicht mehr in der Lage sind, eine Zahnarztpraxis aufzusuchen, in eine ambulante Narkosepraxis verbracht, in welcher im Einzelfall auch in Narkose Zahnbehandlungen durchgeführt werden. Im Rahmen dieses Modells ist eine Qualifikation zur Alterszahnheilkunde ermöglicht worden. Herr Dr. Kracke hat in Verbindung mit der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe diese Ausbildung durchgeführt. Er ist nunmehr als Nummer 34 von etwa 150 Alterszahnmedizinern in der Bundesrepublik Deutschland registriert. Mit der deutschen Gesellschaft für Alterszahnmedizin fanden in Hagen Überlegungen statt, wie man ältere pflegebedürftige Patienten in Pflegeheimen oder in deren Häuslichkeit zahnärztlich versorgen könnte. Zusätzlich zur Praxistätigkeit wurde daraufhin das Instrumentarium erweitert, sodass nunmehr eine ambulante zahnärztliche Versorgung in Wohnungen und Pflegeheimen durchgeführt werden könne. Voraussetzung hierzu sei, dass die Patienten das Heim oder

die Wohnung nicht mehr erlassen können.

In Westfalen-Lippe wird zurzeit ein Konzept angestrebt, für jedes Pflegeheim einen Beratungszahnarzt zu benennen, welcher in Zusammenarbeit mit der Heim- und Pflegedienstleitung bei jedem Bewohner eine zahnärztliche Grunduntersuchung durchführen soll. In ca. 80% der Hagerer Heime wird dieses zurzeit noch nicht durchgeführt. Das heißt, dass diese Heime offensichtlich nicht über den Kenntnisstand der zahnärztlichen Gesundheit ihrer Bewohner verfügen.

Herr Dr. Kracke bittet in diesem Zusammenhang den Beirat um Unterstützung, dass in jedem Hagerer Heim bei der Neuaufnahme eines Bewohners eine zahnärztliche Grunduntersuchung durchgeführt werden kann. Die Verantwortlichkeit hierfür liege ausschließlich bei den Heimleitungen. Der Beratungszahnarzt hat dafür Sorge zu tragen, dass der betreffende Bewohner eine zahnärztliche Behandlung durch einen niedergelassenen Zahnarzt seiner Wahl erhält. Seine Praxis versorge derzeit neun Hagerer Pflegeheime und sei somit ausgelastet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Betreuungszahnarztes ist die Schulung des Pflegepersonals in der Zahnhygiene von Bewohnern. Herr Dr. Kracke berichtet, dass seiner Erfahrung nach eine erschreckend hohe Anzahl des Pflegepersonals nicht über die Zahngesundheit der Bewohner informiert ist. Für das Pflegepersonal bedeute dieses zunächst eine nicht unerhebliche Mehrarbeit. Eine intensive Mund- und Zahnhygiene tauche häufig in den Pflegeplanungen nicht auf, weil das Pflegepersonal hier nicht ausreichend ausgebildet sei. Untersuchungen haben gezeigt, dass in den Fällen, in denen in den Heimen großer Wert auf Mundhygiene und Zahngesundheit gelegt wird, die Heimbewohner deutlich kürzere Krankenhausaufenthalte haben. So gehen zum Beispiel Magenkrankungen, Ernährungsstörungen und Lungenentzündungen, entstanden durch schlechte Mundhygiene, nachweisbar deutlich zurück. Die Bewohner sollten daher regelmäßig halbjährlich untersucht werden. Die Zahnärztekammer bietet diesen Pflegeheimen eine Zertifizierung an.

Seine Praxis bietet zurzeit den Service an, dass mit einem Patientenmobil Heimbewohner und ambulant gepflegte Patienten zur Behandlung in die Praxis gebracht werden können. Eine zweite Hagerer Praxis biete inzwischen, nach Klärung rechtlicher Bedenken der Straßenverkehrsbehörde, ebenfalls diesen Service an. Da viele Hagerer Zahnarztpraxen nicht barrierefrei gestaltet sind, appelliert Herr Dr. Kracke an die Arbeitsgruppe Bauen und Verkehr, insbesondere bei Praxisneubauten, auf diese Aspekte zu achten.

Frau Sauerwein bedankt sich für die Ausführungen. Ihre Frage, ob das vorgenannte Beratungsmodell in Hagen bereits umgesetzt worden ist, beantwortet Herr Dr. Kracke dahingehend, dass das entwickelte Konzept der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe vorsieht, jedem Pflegeheim, auch in Hagen, einen Beratungszahnarzt zuzuweisen. Demnach habe jedes Hagerer Pflegeheim einen Beratungszahnarzt zugewiesen bekommen. Die wenigsten Heime kennen aber ihren zugewiesenen Betreuungszahnarzt. Zudem werden auch viele der Kollegen aus wirtschaftlichen Gründen nicht in den Heimen tätig.

Ein besonderes Problem stelle auch die Zusammenarbeit mit den Hagerer ambulanten Pflegediensten dar. Hier wäre eine Zusammenarbeit mit den beratenden und behandelnden Zahnärzten von großer Dringlichkeit. Die Frage von Herrn Treczack, wie sich die Kooperation der niedergelassenen Zahnärzte im

Bereich der Alterszahnmedizin in Hagen gestaltet, beantwortet Herr Dr. Kracke dahingehend, dass durch die Arbeitsgemeinschaft Alterszahnmedizin auch im gesamten Bundesgebiet deutliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Er wünscht, dass in Zukunft in Hagen eine flächendeckende Versorgung sichergestellt werden kann.

Herr Wegener bedankt sich bei Herrn Dr. Kracke für seine Ausführungen. Aufgrund von Erfahrungen mit einer Angehörigen im Pflegeheim bestätigt er die Kritik, dass hinsichtlich der Zahngesundheit von Heimbewohnern und dem bestehenden Beratungsmodell seitens der Heime keine Informationen an Angehörige und gesetzliche Betreuer ergehen. Er sieht hier dringenden Handlungsbedarf seitens der Zahnärztekammer, der Kostenträger und der Heimträger.

Herr Dr. Kracke teilt diese Auffassung, stellt aber fest, dass insbesondere die Kostenträger einen weiteren Bedarf und somit Kostensteigerungen befürchten. Die Zahnärztekammern streben derzeit in Verhandlungen mit den Kostenträgern an, eine neue Gebührenordnung zu schaffen. Diese Gebühren sollen sich an der Pflegestufe des Patienten orientieren. So soll ein Heimbewohner der Pflegestufe 0 mit einer Demenz in der Gebührenordnung ebenso Berücksichtigung finden wie Bewohner mit den Pflegestufen eins bis drei. Über diese Gebührenordnung sollen mehr Kollegen dazu bewegt werden, durch lukrativere Abrechnungsmöglichkeiten und rechtliche Absicherung, zukünftig zur Behandlung in die Heime zu gehen.

Frau Dohms teilt mit, dass die Arbeitsgemeinschaft Bauen und Verkehr in den letzten Jahren alle Arztpraxen in Hagen bezüglich vorhandener Barrierefreiheit angeschrieben hat. Das Problem bestehe darin, dass viele niedergelassene Ärzte in Hagen kein Interesse an einer barrierefreien Praxis zeigten, weil dann das Mehrpotenzial an behinderten und älteren Patienten die Ärztebudgets sprengen würden. Herr Dr. Kracke teilt diesbezüglich mit, dass in diesen Fällen weniger die Ärztebudgets eine Rolle spielen, sondern der deutlich größere Zeitaufwand für diese Patienten.

Frau Sauerwein bedankt sich bei Herrn Dr. Kracke für dessen Ausführungen.

## **7. Bericht aus der Landesseniorenvertretung**

Frau Klenke verweist auf die von ihr zusammengestellten Tischvorlagen und erläutert diese im Detail. Sie berichtet, dass sie an folgenden Veranstaltungen der Landesseniorenvertretung teilgenommen hat.

- Am 13.01.2010 Einladung der Landesregierung zum Thema „Eintrag von Seniorenvertretungen in die kommunalen Hauptsatzungen“.
- Am 10.03.2010 Landesstelle für pflegende Angehörige.
- In der Jahreshauptversammlung am 28.04.2010 wurde Frau Schnell zur Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung NRW gewählt.
- Am 13.06.2010 fand in Duisburg vom Sozialministerium eine Veranstaltung der Generationen statt.

Folgende Termine sind für das zweite Halbjahr 2010 vorgesehen:

- Am 24.08.2010 findet die Regionalversammlung der Seniorenvertretun-



- gen im Regierungsbezirk Arnsberg in Arnsberg statt.
- Vom 11. bis 15.10.2010 findet ein Wochenseminar für Seniorenvertretungen in Königswinter statt.

## 8. Verschiedenes

Herr Treczack vermisst in der Niederschrift zur konstituierenden Sitzung den Hinweis zum Projekt Senioren helfen Senioren. Zum aktuellen Stand des Projektes gibt er einen kurzen Überblick der Entwicklungen.

Das Projekt Senioren helfen Senioren ist im März 2009 gestartet worden mit zunächst vier geschulten ehrenamtlichen Mitarbeitern. Diese haben bis Ende 2009 35 Aufträge entgegengenommen und älteren Menschen helfen können. Seit 2010 unterstehen die Mitarbeiter dem DRK-Kreisverband Hagen und mittlerweile hat sich der Mitarbeiterstamm auf acht Aktive ausgeweitet. Aktuell wurden 120 Aufträge im Jahr 2010 bearbeitet. Darunter sind auch zeitintensive Aufträge zu verzeichnen, welche zum Teil die Mitwirkung mehrerer Mitarbeiter erfordern. Der Dienst ist derzeit nach aktuellen Anfragen an die Grenzen seiner Kapazitäten angelangt. Zwei weitere ehrenamtliche Mitarbeiter haben ihr Interesse bekundet mitzuarbeiten. Eine intensive achtwöchige Schulung zur Einarbeitung dieser Mitarbeiter sei, wie vor Projektbeginn, derzeit aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Herr Treczack versuche, diese neuen Mitarbeiter nach einem Erste-Hilfe-Kursus begleitend einzuweisen.

Die bei Einsätzen festgestellten Auffälligkeiten werden umgehend dem Seniorenbüro zur weiteren Veranlassung mitgeteilt.

Da das Projekt über eine intensive Öffentlichkeitsarbeit inzwischen einen großen Bekanntheitsgrad erreicht hat, sind die Ressourcen der Mitarbeiter zurzeit erschöpft. Die eingehenden Aufträge werden von zwei Mitarbeitern auf deren Realisierung überprüft. Ein erster Hausbesuch wird immer von zwei Mitarbeitern durchgeführt. Bei vielen Einsätzen steht neben den gewünschten Reparaturarbeiten die Kommunikation mit den Senioren im Vordergrund.

Herr Treczack bittet die Beiratsmitglieder um Unterstützung, für den Dienst weitere Seniorenhandwerker zu motivieren. Er verweist auf die ausführliche Darstellung des Projektes im Seniorenwegweiser auf den Seiten 30 und 31.

Frau Klenke informiert, dass für Interessenten bei der Landesstelle Pflegende Angehörige die Richtlinien des Spitzenverbandes zur Begutachtung der Pflegebedürftigkeit bezogen werden können.

Sie teilt mit, dass sich bei der Landessenorenvertretung eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hat, welche eine landesweite Untersuchung bezüglich der Eintragung von Seniorenvertretungen in den kommunalen Hauptsatzungen durchführt.

In der Jahreshauptversammlung der Landessenorenvertretung am 28.04.2010 in Kamen wurde angefragt, ob die Jahreshauptversammlung 2011 in Hagen durchgeführt werden könne. Weitere mögliche Tagungsorte seien die Städte Dortmund und Münster.

Bezüglich der Jahreshauptversammlung 2011 regt Frau Sauerwein an, Überlegungen darüber zu tätigen, welche Organisationsmöglichkeiten einer Durchführung in Hagen bestehen.

Herr Verrieth weist darauf hin, dass die Anfrage der Landessenorenvertretung, in Hagen zu tagen, als optional zu verstehen sei. Da aber auch noch andere

Kommunen als Veranstaltungsorte in der Diskussion seien, rät er, die Entwicklung abzuwarten, da die Landesseniorenvertretung über eigene Mittel verfüge, um zum Beispiel die Hagener Stadthalle anzumieten. Die Geschäftsführung könne hier lediglich als Vermittler tätig werden und der Beirat Repräsentanten aus der Kommunalpolitik vorschlagen. Dieses werde erfahrungsgemäß auch von der Landesseniorenvertretung selbständig durchgeführt.

Herr Verrieth verweist auf die Tischvorlage bezüglich der Hagener Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2025 hin, die auf eine Anfrage von Frau Opitz zurückgeht und nunmehr vorliegt. Diese Informationen sollten für alle Beiratsmitglieder von Interesse sei.

Frau Sauerwein weist auf das Theaterprojekt „Jung und Alt“ hin. Diese Gruppe ist im Spielplan 2010 mit dem Stück „Verlobung im Altenheim“ vertreten. Sie regt an, nach der Sommerpause eine der nächsten Vorstellungen gemeinsam zu besuchen, um mit der jungen Generation ins Gespräch zu kommen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17 : 00 Uhr.

**C. ANWESENDE**

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Frau Cramer, Marianne	CDU
Frau Dohms, Ulla	DPWV
Herr Fingerhut, Manfred	AWO
Herr Geßler, Walter	FDP
Herr Greif, Norbert	AWO
Frau Heide, Claudia	Caritasverband
Herr Heidenreich, Manfred	AWO
Frau Hentschel, Roswitha	DieLinke.
Herr Insel, Norbert	SPD
Frau Jaschke, Margret	Diakonisches Werk
Frau Kandolf, Anita	AWO
Herr Kilic, Mehmet	B90/GRÜNE
Herr Klapper, Hans	DGB
Frau Klenke, Margot	VERDI
Herr Ludwig, Rüdiger	B90/GRÜNE
Frau Noack, Heidrun	Hagen Aktiv
Frau Opitz, Margit	AWO / SPD
Frau Rudolph, Gabriele	DRK
Frau Sauerwein, Ruth	B90/GRÜNE
Frau Thiel, Gisela	Caritasverband
Frau Thielmann, Marlis	Caritasverband
Herr Treczack, Friedhelm	DRK
Frau Verbeek, Helmi	Caritasverband
Herr Wegener, Wolfgang	DGB
Frau Wiewiorka, Beate	Diakonisches Werk

---

Frau Sauerwein, Ruth  
Vorsitzende/r

---

Silvia Beck  
Schriftführer/in